

alten sozialdemokratischen Ziele die unverhüllte Unterstützung der imperialistischen Politik und der psychologischen Kriegführung^ zum Grundsatz ihrer sogenannten neuen Politik gemacht.

Die Entwicklung in Deutschland zwingt die Arbeiterklasse, sich ihrer geschichtlichen Verantwortung bewußt zu werden. In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Welt, wo der Kampf zwischen den beiden Gesellschaftssystemen mitten durch Deutschland, ja, mitten durch eine Stadt wie Berlin geht, kann die Lösung der nationalen Frage und die Beseitigung der Spaltung nur durch die Überwindung des deutschen Imperialismus erfolgen. Das setzt jedoch die Stärkung der DDR als Bastion des Friedens, die Stärkung ihrer politischen Souveränität und Ökonomischen Sicherheit gegenüber allen Störversuchen durch westliche Militaristen und den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik voraus.

Die rechten sozialdemokratischen Führer haben nach 1945 durch ihren Opportunismus die Arbeiterklasse in die Irre geführt und die große Chance zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland verspielt. Sie haben damals der Arbeiterschaft erklärt, es gäbe im westlichen Teil Deutschlands einen leichteren Weg als den antifaschistisch-demokratischen Weg. Der leichtere Weg, das sei der Weg des Marshall-Plans, das sei der Weg der Unterordnung unter die Interessen der USA. Wohin das geführt hat, darüber denkt heute jeder Sozialdemokrat in Westdeutschland nach und kann selbst die Bilanz ziehen. Seit den Beschlüssen ihres Godesberger Parteitages ist die sozialdemokratische Führung offen auf die Seite des deutschen Militarismus übergegangen, unterstützt sie die Atomrüstung und die NATO-Politik, weil sie glaubt, im Tross der westdeutschen Militaristen und ihrer Armee ihr Einflußgebiet nach Osten ausdehnen zu können. Die rechten SPD-Führer haben diese Schwenkung von ihrem „Deutschlandplan“ zur CDU-Außenpolitik durchgeführt, nachdem sie durch eine Delegation beim Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen Chruschtschow, angefragt hatten, um welchen Preis die Sowjetunion bereit sei, die Deutsche Demokratische Republik den westdeutschen Monopolherren, Hitlergeneralen und Revanchepolitikern auszuliefern. Die Antwort des Genossen Chruschtschow war — wie es nicht anders sein konnte — so klar, daß den Herren, insbesondere Carlo Schmid, der dabei war, bewußt wurde: Nicht nur Adenauer ist mit der Deutschlandpolitik in der Sackgasse, sondern auch die SPD mit der Politik ihres Ostbüros. Nun haben sich Adenauer und Brandt in der Sackgasse zusammengefunden und suchen eine friedliche Lösung der deutschen Frage durch einen Friedensvertrag zu verhindern. Die Hoffnung der sozialdemokratischen Führer, daß die herrschende, Partei des Monopolkapitals, die CDU/CSU, nun die SPD-Führer mit offenen Armen in eine Koalition aufnehmen würde, hat sich allerdings bisher als Fehlrechnung erwiesen. Die Bourgeoisie nimmt den untertänigst dienenden Hausknecht nur dann an die Festtafel, wenn ihr das Wasser bis zum Halse steht. Sie denkt nicht daran, mit der SPD-Führung die Macht zu teilen, denn die SPD-Führung nützt der Bourgeoisie im jetzigen Zeitabschnitt außerhalb der Regierung mehr als in einer Regierung. Man muß also die Dialektik der Entwicklung in Westdeutschland sorgfältig studieren.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Marshall-Planes und der Restauration in Westdeutschland wurden die Positionen des deutschen Monopolkapitals wieder aufgebaut, und in der Innenpolitik nahm das Gewicht des Militarismus zu.

Indem die SPD-Führung sich für die Atomrüstung erklärte und verpflichtete, die NATO-Politik zu unterstützen, unterstützte sie innenpolitisch ihre eigenen Gegner, schwächte ihre eigene Position, stärkte sie die Positionen des deutschen Militarismus und schuf selbst eine Lage, in der die CDU/CSU sie nicht in die Regierung zu nehmen braucht. Daß die SPD in absehbarer Zeit nicht in eine Koalitionsregierung genommen wird, hat sie selbst organisiert. Man muß doch